

A letter to intellectuals who deride revolutions in the name of purity

Posted Nov 20, 2019 by [Roxanne Dunbar-Ortiz](#), [Ana Maldonado](#), [Pilar Troya Fernández](#), and [Vijay Prashad](#)

[History](#), [Imperialism](#), [Marxism](#), [Revolutions Americas](#), [Bolivia](#), [Venezuela Commentary Featured](#)

<https://mronline.org/2019/11/20/a-letter-to-intellectuals-who-deride-revolutions-in-the-name-of-purity/>

Revolutionen passieren nicht plötzlich; auch verändern sie eine Gesellschaft nicht sofort. Eine Revolution ist ein Prozess, der sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten bewegt, und dessen Tempo sich schnell ändern kann, wenn der Motor der Geschichte durch intensivierte Klassenkonflikte beschleunigt wird. Aber meistens dauert es extrem lange, bis eine Revolution in Schwung kommt, und der Versuch, einen Staat und eine Gesellschaft zu transformieren, kann noch langsamer sein.

Im türkischen Exil schrieb Leo Trotzki im Jahr 1930 eine äußerst bemerkenswerte Studie über die Russische Revolution. Seit dem Sturz des Zarenreiches waren dreizehn Jahre vergangen. Aber die Revolution wurde bereits verächtlich gemacht, auch von links. „Der Kapitalismus“, schrieb Trotzki im Fazit seines Buches, „brauchte hundert Jahre, um Wissenschaft und Technik auf die Höhe zu heben und die Menschheit in die Hölle von Krieg und Krise zu stürzen. Dem Sozialismus erlauben seine Feinde nur fünfzehn Jahre, um ein irdisches Paradies zu schaffen und einzurichten. Wir haben keine solche Verpflichtung übernommen. Wir haben solch ein Datum nie festgelegt. Ein gewaltiger Transformationsprozess muss an einer angemessenen Skala gemessen werden“.

Als Hugo Chavez in Venezuela eine Wahl gewann (Dezember 1998) und Evo Morales Ayma in Bolivien eine Wahl gewann (Dezember 2005), gaben ihre linken Kritiker in Nordamerika und in Europa ihren Regierungen keine Zeit zum Atmen. Einige linksgerichtete Professoren begannen sofort, die Unzulänglichkeiten und sogar das Versagen dieser Regierungen zu kritisieren. Diese Haltung war politisch und intellektuell beschränkt - es gab keine Solidarität mit diesen Experimenten und keine Sensibilität für die tiefen Schwierigkeiten eines sozialistischen Experiments in Ländern der Dritten Welt, die in sozialen Hierarchien festgefahren und deren finanzielle Ressourcen erschöpft waren.

Das Tempo einer Revolution

Zwei Jahre nach der Russischen Revolution schrieb Lenin, dass die neu geschaffene UdSSR kein "wundertätiger Talisman" sei und auch nicht "den Weg zum Sozialismus ebnet". Sie gäbe denjenigen, die früher unterdrückt wurden, die Möglichkeit, ihren Rücken gerade zu biegen und nach und nach die gesamte Regierung des Landes, die gesamte Verwaltung der Wirtschaft, die gesamte Produktionsleitung in eigene Hände zu nehmen“.

Aber selbst das, das *ganze* dies und das *ganze* das würde nicht einfach sein. Es ist „ein langer, schwieriger und hartnäckiger *Klassenkampf*, der *nach* dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft, *nach* der Zerstörung des bürgerlichen Staates..... nicht verschwindet... sondern nur seine Formen ändert und in vielerlei Hinsicht heftiger wird“. Das war Lenins Urteil, *nachdem* der zaristische Staat übernommen worden war und die sozialistische Regierung begonnen hatte, ihre Macht zu festigen. Alexandra Kollantai schrieb (wie z.B. in *Liebe in der Zeit der Arbeitsbienen*) über die Kämpfe um den Aufbau des Sozialismus, die Konflikte im Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele. Nichts sei automatisch, alles sei ein Kampf.

Lenin und Kollantai argumentierten, dass der Klassenkampf nicht aufhöre, wenn eine revolutionäre

Regierung den Staat übernimmt; er sei in der Tat, "heftiger", die Opposition gegen ihn intensiv, weil die Einsätze hoch seien und der Moment gefährlich. Dies weil die Opposition - nämlich die Bourgeoisie und der alte Adel - den Imperialismus auf ihrer Seite hätten. Winston Churchill sagte: "Der Bolschewismus muss in seiner Wiege erdrosselt werden", und so schlossen sich die westlichen Armeen der Weißen Armee zu einem fast tödlichen Militärangriff auf die Sowjetrepublik an. Von den letzten Tagen des Jahres 1917 bis 1923 – volle sechs Jahre – musste sie einen anhaltenden militärischen Angriff abwehren.

Weder in Venezuela noch in Bolivien oder in einem der anderen Länder, in denen in den letzten zwanzig Jahren eine Orientierung nach links stattfand, wurde der bürgerliche Staat völlig überwunden; auch die kapitalistische Herrschaft wurde nicht gestürzt. In den revolutionären Prozessen dieser Ländern mussten allmählich Institutionen der und für die Arbeiterklasse geschaffen werden, während die kapitalistische Herrschaft fortbestand. In diesen Institutionen wird das Entstehen einer einzigartigen auf einer partizipativen Demokratie beruhenden staatlichen Form sichtbar, unter anderem z.B. bei den *Misiones Sociales*. Jeder Versuch, den Kapitalismus vollständig zu überwinden, wurde durch die Macht der Bourgeoisie eingeschränkt - die nicht durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen zerstört wurde, und die jetzt die Quelle der Konterrevolution ist; und sie wurde durch die Macht des Imperialismus eingeschränkt - der nun vorerst durch den Putsch in Bolivien gesiegt hat, und Venezuela fortwährend mit einem Putsch bedroht. Niemand behauptete 1998 oder 2005, dass das, was in Venezuela oder Bolivien geschah, eine ‚Revolution‘ wie die Russische Revolution sei; die Wahlsiege waren Teil eines revolutionären Prozesses. Als ersten Akt seiner Regierung kündigte Chávez einen Verfassungsprozess zur Neubegründung der Republik an. Ebenso bestätigte Evo 2006, dass die Bewegung zum Sozialismus (MAS) zwar in die Regierung gewählt worden war, aber nicht die Macht übernommen hatte; später wurde ein konstitutiver Prozess eingeleitet, der selbst ein langer Weg war. Venezuela trat in einen erweiterten ‚revolutionären Prozess‘ ein, während Bolivien einen ‚Prozess des Wandels‘ begann oder - wie sie es nannten - einfach den "Prozess", der sogar noch heute - nach dem Putsch - andauert. Dennoch erlebten sowohl Venezuela als auch Bolivien den vollen Schub eines "hybriden Krieges" - von der Sabotage der physischen Infrastruktur bis zur Sabotage der Möglichkeit, sich auf den Kapitalmärkten Finanzmittel zu beschaffen.

Lenin schilderte, wie schwierig nach der Eroberung des Staates und der Demontage der kapitalistischen Besitzverhältnisse der revolutionäre Prozess in der neuen Sowjetrepublik sei, und der hartnäckige Klassenkampf in vollem Gange; stellen Sie sich vor, wie viel schwieriger dann der hartnäckige Kampf in Venezuela und Bolivien ist.

Revolutionen in der Sphäre der Notwendigkeit

Stellen Sie sich noch einmal vor, wie schwer es ist, eine sozialistische Gesellschaft in einem Land aufzubauen, in dem trotz seines Reichtums an natürlichen Ressourcen nach wie vor große Armut und große Ungleichheit herrschen. Noch tiefer verwurzelt ist jedoch die kulturelle Realität, unter der große Teile der Bevölkerung im Kampf gegen jahrhundertelange soziale Erniedrigung gelitten haben. Kein Wunder, dass in diesen Ländern die am stärksten unterdrückten Landarbeiter, Bergleute und die städtische Arbeiterklasse entweder aus indigenen oder aus afro-stämmigen Gemeinschaften stammen. Die erdrückende Last der Erniedrigung macht - in Verbindung mit dem Mangel an leicht zugänglichen Ressourcen - revolutionäre Prozesse im "Reich der Notwendigkeit" noch schwieriger.

In seinen ökonomischen und philosophischen Manuskripten (1844) unterscheidet Marx zwischen dem "Reich der Freiheit" - in dem die Arbeit, die durch Notwendigkeit und materielle Überlegungen bestimmt wird, aufhört - und dem "Reich der Notwendigkeit" - in dem die physischen Bedürfnisse überhaupt nicht befriedigt werden. Die lange Geschichte der kolonialen Unterwerfung und der nachfolgenden imperialistischen Ausplünderung hat große Teile des Planeten seines Reichtums beraubt und es sieht so aus als seien diese Regionen - hauptsächlich in Afrika, Asien und Lateinamerika dauerhaft im ‚Reich der Notwendigkeit‘ gefangen. Als Chavez die erste Wahl in Venezuela gewann, lag die Armutsquote dort bei unglaublichen 23,4%; in Bolivien, als Morales seine erste Wahl gewann, lag

diese bei niederschmetternden 38,2%. Diese Zahlen zeigen nicht nur die absolute Armut großer Teile der Bevölkerung, sondern sie tragen auch Geschichten von sozialer Erniedrigung und Demütigung in sich, die sich nicht in eine einfache Statistik fassen lassen.

Revolutionen und revolutionäre Prozesse scheinen mehr im Bereich des Notwendigen verwurzelt zu sein - im zaristischen Russland, in China, in Kuba, in Vietnam - als im Bereich der Freiheit - in Europa und den Vereinigten Staaten. Diese Revolutionen und diese revolutionären Prozesse vollziehen sich - wie in Venezuela und Bolivien - an Orten, an denen es einfach keine Reichtümer gibt, die sozialisiert werden können. Die Bourgeoisie in diesen Gesellschaften verschwindet entweder im Moment der Revolution oder des revolutionären Wandels mit ihrem Geld, oder sie bleibt an Ort und Stelle, lagert ihr Geld aber in Steueroasen oder an Orten wie New York und London. Die neue Regierung kommt an dieses Geld, die Frucht der Arbeit des Volkes, nicht heran, ohne den Zorn des Imperialismus zu erregen. Sehen Sie wie schnell die Vereinigten Staaten die Beschlagnahme des Goldes von Venezuela durch die Bank von London organisiert und die Bankkonten der Regierungen des Iran und Venezuelas eingefroren haben. Und sehen Sie, wie schnell die Investitionen ausblieben, als Venezuela, Ecuador, Nicaragua und Bolivien sich weigerten, sich an das Investitionsschiedsverfahren der Weltbank zu halten.

Sowohl Chávez als auch Morales versuchten, die Kontrolle über die Ressourcen in ihren Ländern zu übernehmen, ein Akt, der vom Imperialismus als Gräueltat behandelt wurde. Beide wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, sie seien ‚Diktatoren‘, weil sie die von früheren Regierungen getroffenen Vereinbarungen über den Abbau von Rohstoffen neu verhandeln wollen. Sie brauchten dieses Kapital nicht für ihre persönliche Bereicherung - niemand kann ihnen persönliche Korruption vorwerfen -, sondern für den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ihrer Nation zum Wohle der Bevölkerung.

Im ‚Reich der Notwendigkeit‘ bleibt der Kampf für revolutionäre Prozesse Alltag. Das beste Beispiel dafür ist Kuba, dessen revolutionäre Regierung von Anfang an mit einem vernichtenden Embargo und Androhungen von Morden und Staatsstreichen zu kämpfen hatte.

Revolutionen der Frauen

Es ist unbestritten - denn es wäre töricht zu leugnen, dass Frauen im Mittelpunkt der Proteste in Bolivien gegen den Staatsstreich und für die Wiederherstellung der Regierung Morales stehen; auch in Venezuela sind die meisten Menschen, die zur Verteidigung der boliviarischen Revolution auf die Straße gehen, Frauen. Die meisten dieser Frauen mögen keine *Masistas* oder *Chavistas* sein, aber sie verstehen sicherlich, dass diese revolutionären Prozesse feministisch, sozialistisch und gegen die Erniedrigung sind, die den Indigenen und den Afro-Stämmigen entgegengebracht wird.

Länder wie Venezuela und Bolivien, Ecuador und Argentinien standen in den 1980er und 1990er Jahren unter enormem Druck des Internationalen Währungsfonds, die staatliche Unterstützung für Gesundheitsversorgung, Bildung und Altenpflege stark zu kürzen. Der Zusammenbruch dieser wichtigen Sozialhilfesysteme belastet die ‚Pflegerwirtschaft‘, die - aus patriarchalischen Gründen - weitgehend von Frauen aufrechterhalten wird. Wenn die ‚unsichtbare Hand‘ sich nicht um die Menschen kümmerte, musste das ‚unsichtbare Herz‘ dies tun. Es waren die Erfahrungen mit den Kürzungen in der Pflegerwirtschaft, die die Radikalisierung der Frauen in unseren Gesellschaften verschärften. Ihr Feminismus entstand aus ihrer Erfahrung mit dem Patriarchat und einer Strukturanpassungspolitik; die Tendenz des Kapitalismus, Gewalt und Deprivation zu erzeugen, beschleunigte den Weg des Arbeiter- und indigenen Feminismus direkt in die sozialistischen Projekte von Chávez und Morales. Während die Flut des Neoliberalismus immer weiter über die Welt hereinbricht, und die Gesellschaften in Angst und Kummer versinken, sind es Frauen, die am aktivsten am Kampf für eine andere Welt beteiligt sind.

Morales und Chávez sind beide Männer, aber in dem revolutionären Prozess sind sie zu einem Symbol für eine andere Realität für die gesamte Gesellschaft geworden. In unterschiedlichem Maße haben sich ihre Regierungen zu Plattformen verpflichtet, die sowohl die Kultur des Patriarchats als auch die Politik des Sozialabbaus angreifen, die es den Frauen auferlegen, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Die revolutionären Prozesse in Lateinamerika müssen daher als tiefe Anerkennung der Wichtigkeit verstanden werden, Frauen, Indigene und Afro-Stämmige in den Mittelpunkt des Kampfes zu stellen. Niemand würde leugnen, dass es Hunderte von Fehlern der Regierungen gibt, Fehleinschätzungen, die den Kampf gegen Patriarchat und Rassismus behindern; aber das sind Fehler, die korrigiert werden können, und nicht strukturelle Merkmale des revolutionären Prozesses. Das wird von den indigenen und afro-stämmigen Frauen in diesen Ländern zutiefst anerkannt; der Beweis dafür findet sich nicht in diesem oder jenem Artikel, den sie geschrieben haben, sondern in ihrer aktiven und energischen Präsenz auf den Straßen.

Als Teil des boliviarischen Prozesses in Venezuela waren Frauen unerlässlich für den Wiederaufbau sozialer Strukturen, die durch den jahrzehntelangen Austeritäts-Kapitalismus erodiert worden waren. Ihre Arbeit war von zentraler Bedeutung für die Selbstermächtigung der Menschen und für die Schaffung einer partizipativen Demokratie. 64 Prozent der 3.186 Gemeindeglieder*innen sind Frauen, ebenso wie die Mehrheit der Leiter*innen der 48.160 Gemeinderäte; 65 Prozent der Leiter*innen der lokalen Versorgungs- und Produktionskomitees sind Frauen. Frauen fordern nicht nur Gleichstellung am Arbeitsplatz, sondern auch Gleichstellung im sozialen Zusammenleben, wo die *comunas* die Kernzonen des boliviarischen Sozialismus sind. Hier kämpfen Frauen für die Möglichkeit, eine Selbstverwaltung aufzubauen, schaffen eine zweite Machtebene (Doppelmacht) und untergraben damit die Form der liberalen Staatsmacht. Im Kampf gegen Austeritäts-Kapitalismus legen Frauen fortwährend Kreativität, Stärke und Solidarität an den Tag, nicht nur gegen die neoliberale Politik, sondern auch für das sozialistische Experiment und gegen den Hybridkrieg.

Demokratie und Sozialismus

Linke, intellektuelle Strömungen wurden in der Zeit nach dem Sturz der UdSSR stark zurückgedrängt. Marxismus und dialektischer Materialismus verloren nicht nur im Westen, sondern auch in weiten Teilen der Welt erheblich an Glaubwürdigkeit; Postkolonialismus Studien und *subaltern studies* - Varianten des Poststrukturalismus und der Postmoderne - florierten in intellektuellen und akademischen Kreisen. Eines der Hauptthemen dieser Wissenschaft war die These, dass der ‚Staat‘ als Mittel zur sozialen Transformation veraltet und die ‚Zivilgesellschaft‘ die Rettung sei. Eine Kombination aus Post-Marxismus und anarchistischer Theorie nutzte diese Argumentationslinie, um alle auf staatlicher Macht basierenden Sozialismus-Experimente verächtlich zu machen. Der Staat wurde nur als Instrument des Kapitalismus und nicht als Instrument des Klassenkampfes angesehen. Aber wenn sich das Volk aus dem Wettstreit um die Macht im Staat zurückzieht, dann wird es - ohne Gegenwehr - der Oligarchie und der Vertiefung von Ungleichheiten und Diskriminierung dienen.

In der Bevorzugung der Idee der ‚sozialen Bewegungen‘ gegenüber politischen Bewegungen spiegelt sich die Ernüchterung über die heroische Zeit der nationalen Befreiung wider, einschließlich der Befreiungsbewegungen der indigenen Völker. Sie ignoriert jedoch die tatsächliche Geschichte der Volksorganisationen und der politischen Bewegungen, die die Staatsmacht erlangt haben. Im Jahr 1977 zwangen indigene Organisationen nach einem schweren Kampf die Vereinten Nationen, ein Projekt zur Beendigung der Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in Amerika zu starten. Der in La Paz ansässige Südamerikanische Indianerrat war eine dieser Organisationen, die dabei eng mit dem Weltfriedensrat, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit sowie einer Reihe nationaler Befreiungsbewegungen (Afrikanischer Nationalkongress, die Südwestafrikanische Volksorganisation und die Palästinensische Befreiungsorganisation) zusammenarbeitete. Aus dieser Einheit und diesem Kampf heraus gründeten die Vereinten Nationen 1981 die Arbeitsgruppe für indigene Bevölkerungsgruppen und erklärten das Jahr 1993 zum Internationalen UN-Jahr der indigenen Völker. Im Jahr 2007 stand Evo Morales an der Spitze der Initiative, eine UN-Deklaration zu den Rechten der

indigenen Völker zu verabschieden. Dies ist ein sehr deutliches Beispiel für die Bedeutung der Einheit der Volks-Bewegungen und der brüderlich mit ihnen verbundenen Staaten und ihres gemeinsamen Kampfes. Ohne die von 1977 bis 2007 dauernden Volkskämpfe, unterstützt durch verbrüderete Staaten und ohne den Einsatz der bolivianischen Regierung im Jahr 2007 wäre diese Deklaration - von immenser Bedeutung für den künftigen Erfolg dieses Kampfes - nie verabschiedet worden.

Amerikanische indigene Intellektuelle haben die Komplexität dieses Kampfes verstanden - die indigene Selbstbestimmung entwickelt sich im Gesellschaft und Staat durchdringenden Kampf um die Überwindung bürgerlicher und siedlerkolonialer Macht und zur Entwicklung der Instrumente zur Vorbereitung des Übergangs zum Sozialismus. Zu diesen Formen - wie der Peruaner José Carlos Mariátegui und die Ecuadorianerin Nela Martínez vor fast einem Jahrhundert erkannten - gehört die *Comuna*.

Die Revolutionen in Bolivien und Venezuela haben nicht nur die Beziehungen zwischen Männern und Frauen, zwischen indigenen und nicht-indigenen Gemeinschaften politisch verschärft, sondern auch ihr Demokratie- und Sozialismus-Verständnis selbst in Frage gestellt. Diese revolutionären Prozesse mussten innerhalb der Regeln der liberalen Demokratie funktionieren, haben aber gleichzeitig einen neuen institutionellen Rahmen in den *comunas* und anderen Organisationsformen geschaffen. Durch den Sieg bei Wahlen und die Übernahme staatlicher Institutionen konnte die boliviarische Revolution Mittel für höhere Sozialausgaben (für Gesundheit, Bildung, Wohnen) und für direkte Bekämpfung von Patriarchat und Rassismus frei machen. Die Staatsmacht in den Händen der Linken wurde genutzt, um diese neuen institutionellen Rahmenbedingungen aufzubauen, die den Staat erweitern und darüber hinausgehen. Die parallele Existenz dieser beiden Formen – liberal-demokratischer Institutionen und sozialistisch-feministischer Institutionen - hat das Vorurteil der fiktiven "liberalen Gleichheit" aufgelöst. Eine auf den Akt der Abstimmung reduzierte Demokratie, zwingt den Einzelnen zu glauben, dass er Bürger mit der gleichen Macht wie andere Bürger ist, unabhängig von seiner sozioökonomischen, politischen und kulturellen Position. Der revolutionäre Prozess stellt diesen liberalen Mythos in Frage, aber er hat ihn noch nicht überwunden - wie man sowohl in Bolivien als auch in Venezuela sehen kann. Es ist ein Kampf für die Schaffung eines neuen kulturellen Konsenses um die sozialistische Demokratie, eine Demokratie, die nicht in einer ‚gleichberechtigten Stimme‘, sondern in der konkreten Erfahrung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft verwurzelt ist.

Es ist typisch für eine linke Regierung, dass sie die Agenda vieler sozialer und politischer Bewegungen des Volkes aufgreift. Gleichzeitig werden viele der Mitarbeiter dieser Bewegungen - sowie verschiedener NGOs – nun selbst Regierungsmitglieder und bringen ihre unterschiedlichen Fähigkeiten in die komplexen Institutionen einer modernen Regierung ein. Das hat widersprüchliche Auswirkungen: Es erfüllt die Forderungen des Volkes, kann aber gleichzeitig unabhängige Organisationen verschiedener Art schwächen. Diese Entwicklungen gehören dazu, wenn linke Regierungen an die Macht kommen, sei es in Asien oder in Südamerika. Diejenigen, die unabhängig von der Regierung bleiben wollen, kämpfen darum, ihren Einfluss zu erhalten; sie werden oft zu bitteren Kritikern der Regierung, und ihre Kritik wird häufig von imperialistischen Kräften auf Ziele gerichtet, die die Kritiker selbst gar nicht teilen.

Der liberale Mythos versucht, im Namen des Volkes zu sprechen und die wahren Interessen und Bestrebungen des Volkes zu verschleiern - insbesondere die der Frauen, der indigenen Gemeinschaften und der afro-stämmigen Bevölkerung. In Bolivien und Venezuela hat die Linke versucht, die gemeinsame Herrschaft des Volkes im Rahmen eines verbissenen Klassenkampfes zu entwickeln. Eine Position, die die Idee des "Staates" grundsätzlich als repressiv verwirft, verkennt, wie der Staat in Bolivien und Venezuela versucht, seine Autorität zu nutzen, um Institutionen der Doppel-Macht aufzubauen, um mit Frauen an der Spitze eine neue politische Synthese zu schaffen.

Revolutionäre Empfehlungen ohne revolutionäre Erfahrung

Revolutionen sind nicht einfach zu machen. Sie sind voll von Rückschlägen und Fehlern, da sie von Menschen gemacht werden, die fehlerhaft sind, und deren politische Parteien immer lernen müssen, zu lernen. Ihr Lehrer ist ihre Erfahrung, und es ist an diejenigen unter ihnen, die die Ausbildung und Zeit dafür haben, Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen. Keine Revolution ist ohne ihre eigenen Mechanismen zur Selbstkorrektur, ihre eigenen Stimmen des Widerspruchs. Das bedeutet aber nicht, dass ein revolutionärer Prozess für Kritik taub sein sollte; er sollte sie begrüßen.

Kritik ist immer willkommen, aber in welcher Form kommt diese Kritik? Es gibt zwei Formen, die typisch für den ‚linken‘ Kritiker sind, der Revolutionen im Namen der Reinheit verspottet.

1. Wenn die Kritik aus der Sicht der Vollkommenheit kommt, dann ist ihr Standard nicht nur zu hoch, sondern sie versteht auch nicht die Art eines Klassenkampfes, der sich mit der erstarrten, über Generationen ererbten Macht auseinandersetzen muss.
2. Wenn die Kritik davon ausgeht, dass alle Projekte, die sich innerhalb von Wahlen abspielen, die Revolution verraten werden, dann gibt es wenig Verständnis für die Massendimension von Wahlprojekten und Experimenten mit Doppelmacht. Revolutionärer Pessimismus stoppt die Möglichkeit des Handelns. Man kann nicht erfolgreich sein, wenn man es sich nicht erlaubt, zu versagen und es erneut zu versuchen. Diese Art von Kritik führt nur zu Verzweiflung.

In Bezug auf den ‚hartnäckigen Klassenkampf‘ innerhalb des revolutionären Prozesses sollten Außenstehende nicht mit dieser oder jener Politik einer Regierung, sondern mit der Schwierigkeit und *Notwendigkeit* des Prozesses selbst sympathisieren.

Teilen: